

1,6 MILLIONEN EURO VERUNTREUT

Neue Anzeigen gegen Anwältin

Juristin soll Gelder ihrer Klienten abgezweigt haben. Sie erstattete Selbstanzeige.

Erwachsenenvertreter unterstützen Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen oder psychischen Erkrankungen dabei, ihre Angelegenheiten bestmöglich zu regeln. Die Begleitung durch einen „Sachwalter“ umfasst auch finanzielle Belange. Und genau dabei soll eine steirische Rechtsanwältin ins Kriminal abgedriftet sein – die Juristin steht nämlich im dringenden Verdacht, Gelder ihrer Klienten veruntreut zu haben.

Die Summe von unfassbaren 1,6 Millionen Euro steht derzeit im Raum. Unklar bleibt vorerst, ob dieser unterschlagene Betrag nicht noch weiter ansteigt. Denn nach Auffliegen der Causa im September sind noch weitere Fälle zur Anzeige gebracht worden. „Es ist korrekt, dass weitere Sachverhaltsdarstellungen eingegangen sind“, so Christian Kroschl, Sprecher der Grazer Staatsanwaltschaft zur Kleinen Zeitung.

Ob sich die ergänzenden Fälle auf die bislang kolportierte Summe von 1,6 Millionen Euro auswirken, sei noch nicht abschätzbar, betont der Behördensprecher: „Das ist Gegenstand der Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt die einzelnen angezeigten Sachverhalte umfassend.“

Der Stein kam ins Rollen, nachdem an einem Gericht Unregelmäßigkeiten in der Kontoführung der Erwachsenenvertreterin aufgefallen sind. Die Rechtsanwaltskammer wurde verständigt, diese forderte die Juristin zur Stellungnahme auf. „In solchen Fällen kommt es zu einer Sonderrevision“, erläutert der Präsident der Stei-

ermärkischen Rechtsanwaltskammer, Michael Kropiunig.

Wobei: Eine Kontrolle war in diesem Fall nicht mehr möglich – die Erwachsenenvertreterin hat nämlich ihr Mandat zurückgelegt, ihre Kanzlei ging in Konkurs. „Mit der Zurücklegung hat die Frau sich unserer Aufsicht entzogen. Die Vorgänge in der Kanzlei unterlagen damit nicht mehr unserer Aufsichtspflicht, sondern der des Gerichts“, so Präsident Kropiunig. Überhaupt obliege die ganze Kontokontrolle während der Sachwalterschaft dem Gericht. „Sie war zwar Rechtsanwältin, aber sie war tätig als Organ des jeweiligen Pflegeschaftsgerichts.“ Generell haben Erwachsenenvertretungen dem Gericht jährlich über die für die vertretene Person im vergangenen Jahr besorgten Angelegenheiten zu berichten und damit Rechnung zu legen.

Die Anwältin hat zeitgleich mit der Zurücklegung ihres Mandats jedenfalls umgehend Selbstanzeige erstattet. Die Beschuldigte selbst nannte dem Vernehmen nach dabei die Summe von 1,6 Millionen Euro, ihre Malversationen sollen schon im Jahr 2017 begonnen haben. Die Anwältin, heißt es, „bereut zutiefst“, was geschehen ist. „Für unseren Berufsstand ist diese Causa natürlich ein Horrorszenario“, heißt es in Anwaltskreisen. Wie es weitergeht? Die in Konkurs befindliche Kanzlei der steirischen Juristin wird von der Kammerkommission abgewickelt, die Opfer haben neue Erwachsenenvertreter zur Seite gestellt bekommen.

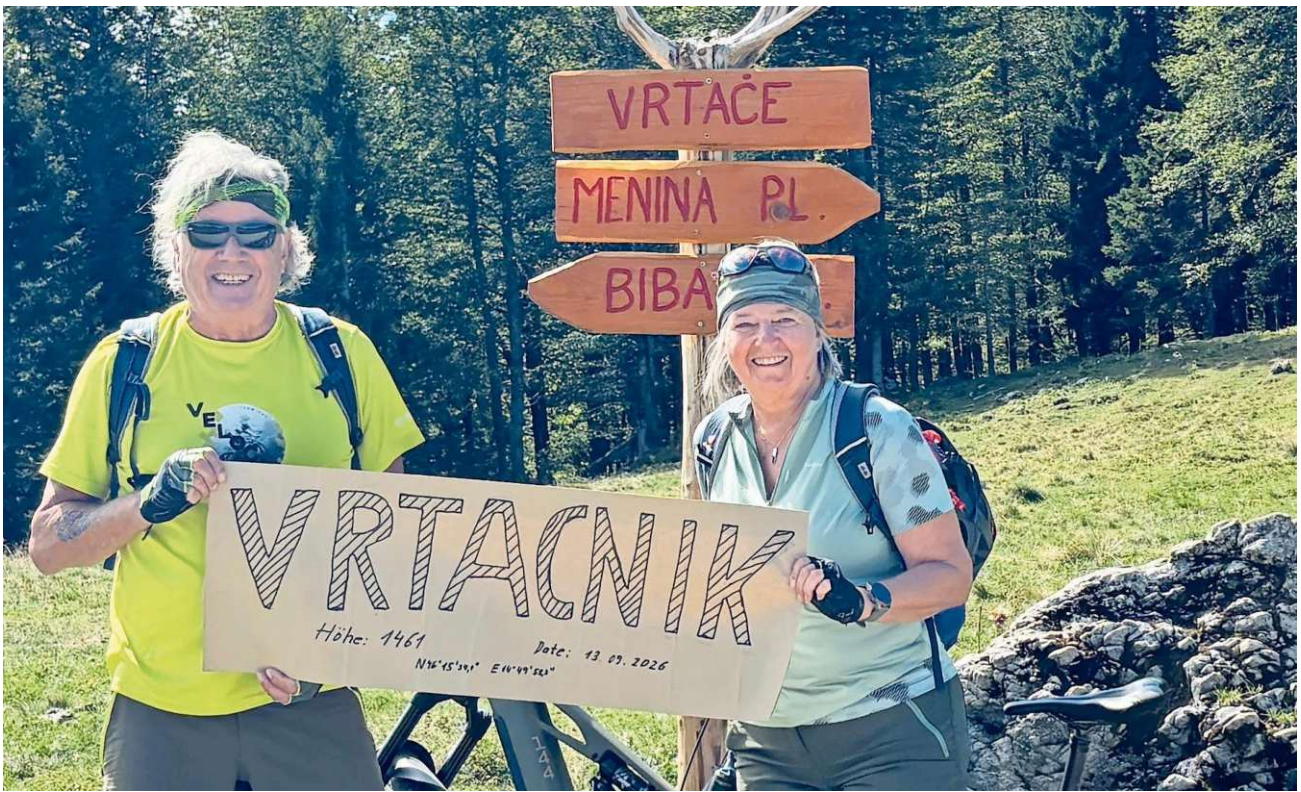
Christian Penz

LESERREPORTER

Ein Berg, der ihren Namen trägt

Ein Freund des Kapfenbergers Peter Vrtacnik wurde vor einigen Jahren zufällig auf einen 1461 Meter hohen Berg in Slowenien aufmerksam, der den Namen Vrtacnik trägt. Peter und seine Frau Klau-dia nahmen das in diesem September zum Anlass, den Gipfel zwischen Celje und Ljubljana zu besteigen. Ein Antrieb war auch: Vrtacniks Großmutter stammt aus dem heutigen Slowenien.

ZVG



Beschützer der Altstadt irritiert

„Eine Auflösung der Kommission ist nicht geplant“, beteuert Büro Kunasek. Grazer Altstadtkommission werden allerdings die Flügel gestutzt.

Von Bernd Hecke und
Gerald Winter-Pölsler

Die Aufregung war groß, nachdem die Kleine Zeitung enthüllt hat, dass die Zukunft der Altstadtsachverständigenkommission (ASVK) auf dem Prüfstand steht. Es machten in Zusammenhang mit einer Reform des Ortsbild- und Grazer Altstadtschutzes sogar Gerüchte über ihre Abschaffung die Runde. Diese dementiert man nun im Büro des zuständigen Landeshauptmannes Mario Kunasek (FPÖ): „Nein, eine Auflösung der Kommission ist nicht geplant.“

Klar ist aber: Die im Regierungsprogramm versprochene Deregulierung wird auch das Ortsbild- und das Grazer Altstadterhaltungsgesetz verändern. Künftig sollen – wie berichtet – Einzelgutachter an Stelle der Kommission über Neu- und Umbauten in den Schutzzonen eingesetzt werden. Die Sachverständigen muss der Bauwerber bezahlen. Die ASVK könnte verkleinert, ihre Befugnisse beschnitten werden. Wie genau all das orchestriert wird? Da will man sich bei Kunasek bis zum „Deregulierungsgipfel“ am 22. Oktober nicht in die Karten schauen lassen. Um dann, nach der dortigen Präsentation, die Gesetzesnovellen sogleich in die Begutachtung zu schicken.

Diese Gangart sorgt in den Reihen der Altstadtschützer für heftige Irritationen. Gilt die ASVK doch als einer der wesentlichen Grundsteine für die Erlangung des Weltbetitels für



KLZ/JÜRGEN FUCHS

die Grazer Altstadt. Allen ist klar: Der Kommission werden die Flügel gestutzt, damit Bauverfahren mit entsprechender Planungssicherheit auch in den sensiblen Schutzzonen beschleunigt werden. Das ist der ausdrückliche Wunsch der Bauwirtschaft, dem die Koalition aus FPÖ und ÖVP auch Rechnung tragen will. Die WKÖ lobbyiert dafür, dass wirklich nur noch Schutzwürdiges sorgfältig geprüft und erhalten wird, unnötige Verfahrensschritte aber gestrichen werden.

Auch von Seiten der Altstadtschützer sieht man Reformbedarf. Doris Pollet-Kammerlander

von der Initiative für ein unverwechselbares Graz ist auch dafür, dass Schilder und Werbeanlagen oder Schirme in Gastgärten kein Fall mehr für die ASVK sein müssen: „Hier kann die Kommission Checklisten festlegen, die Behörde kann das dann einfach rasch abarbeiten.“ Das betrifft rund die Hälfte der 1000 Gutachten, die die Kommission derzeit pro Jahr erstellt.

Dafür solle die ASVK stärker über die Schutzzonen wachen und klar definieren, was möglich ist. Die Initiative kritisiert vor allem die Vorgangsweise der Politik: „Vor mehr als 50 Jahren war es die Grazer Bevölkerung, die erreicht hat, dass es zu einem Altstadterhaltungsgesetz gekommen ist. Es brauche hier „Dialog und Beteiligung, nicht hinter verschlossenen Türen auf Landesebene, sondern im Hoheitsbereich der Stadt Graz!“

Die Kammer der Ziviltechnikerinnen, die mit der TU und Uni

TRAGÖDIE IN LANDL

Deutsches Paar lag tot im Haus

Notstromaggregat dürfte sie das Leben gekostet haben.

In der obersteirischen Gemeinde Landl herrscht tiefe Betroffenheit. Anfang Oktober wurde dort ein deutsches Paar in seinem Haus leblos aufgefunden. Wie die Kronen Zeitung berichtete, hatte eine Trafikantin Alarm geschlagen, weil sie die zwei Deutschen schon länger nicht mehr gesehen hatte. Als die Feuerwehr die Türen des Hauses aufbrach, wurde aus dem Verdacht traurige Gewissheit. Für das Paar kam jede Hilfe zu spät.

„Sie waren seit acht Jahren bei uns in Landl gemeldet. Ich habe sie natürlich gekannt. Die Betroffenheit in der Gemeinde ist groß“, sagt Bürgermeister Bernhard Moser im Gespräch mit der Kleinen Zeitung. Derzeit laufen

die Ermittlungen noch, es liege jedoch nahe, dass der Betrieb eines Notstromaggregats zu einer Kohlenmonoxidvergiftung geführt hatte. Grundsätzlich sei das Haus „ganz normal an das Stromnetz angeschlossen“, so der Bürgermeister. Warum das Paar ein Notstromgerät in Verwendung hatte, ist noch unklar.

Auf Anfrage der Kleinen Zeitung bestätigt Viktoria Steinecker, Mediensprecherin der Staatsanwaltschaft Leoben, den Tod der zwei Personen. „Es besteht der Verdacht auf eine Kohlenmonoxidvergiftung. Ein toxikologisches Gutachten sowie die Obduktion der Leichen wurden angeordnet“, informiert Steinecker.

Lena Haslinger

steirischerherbst'26

STINA
FORS



Foto: Neven Aljevic

Rhododendron

Performance
Welsche Kirche
20/16 Euro

17.10. und 18.10.
18:00

Infos und Tickets unter
www.steirischerherbst.at